

Erscheint täglich außer Sonntag, zugleich Nebenbeilage des „Vorwärts“. Bezugspreis für beide Ausgaben 75 Pf. pro Woche, 2,25 M. pro Monat (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 74 Pf. Postabgaben- und 72 Pf. Postbesetzungsgebühren.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis:
Die 1. Spalte 30 Pf.
Die 2. Spalte 20 Pf.
Die 3. Spalte 15 Pf.
Die 4. Spalte 10 Pf.
Die 5. Spalte 5 Pf.
Rebatt n. Tarif.



Zwischen Putsch und Kuhhandel

Präsidialregierung oder Bürgerblock?

In dieser Woche beginnen die Verhandlungen, die über die künftige Regierungsweise in Deutschland entscheiden sollen. Zwei Strömungen werden deutlich sichtbar.

Die eine, die hauptsächlich von den Deutschnationalen getragen wird, will auf die reine „Präsidialregierung“ hinaus, die sich um den Reichstag möglichst wenig kümmert und auch den offenen Konflikt mit ihm nicht scheut. Wie der dabei unvermeidliche Verfassungsbruch juristisch bemäntelt werden kann, wird in der deutschnationalen Presse ausführlich erörtert.

Die zweite Strömung, deren Träger im Lager der Nationalsozialisten einerseits, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei andererseits zu suchen sind, erstrebt eine parlamentarische Mehrheitsbildung. Einige Nationalsozialisten sollen Minister werden, und die so neugebildete Regierung soll vom Zentrum unter bestimmten Bedingungen toleriert werden. Die umgebildete Regierung würde sodann nach dem bisherigen Sprachgebrauch eine Bürgerblockregierung sein, in der die Deutschnationalen eine verhältnismäßig sehr bescheidene Rolle spielen würden.

Darum sind die Deutschnationalen heftige Gegner der zweiten Lösung, die natürlich auch im Zentrum und bei den Nationalsozialisten große Widerstände zu überwinden hätte.

Natürlich wird auch an ein Kompromiß zwischen den beiden Strömungen gedacht — und das ist in diesem Augenblick die offizielle Lesart. Man macht einen Bürgerblock und nennt es eine Präsidialregierung. Offiziös gesprochen: Man denkt an die Heranziehung einiger „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“ (lies Nazis), aber nicht wegen ihrer parteipolitischen Bindung, sondern wegen ihrer fachlichen Eignung. („Fachminister“, „Kabinett der Persönlichkeiten“.)

Im Hintergrund steht als dritte Lösung die gewaltsame Machtergreifung durch die NSDAP, der hundertprozentige Faschismus. Seine Anhänger sind Gegner aller Verhandlungen — es sei denn, sie betrachteten die Verhandlungen nur als ein Mittel, den Gegner zu überköpfeln und zu zermürben.

Putsch oder Kuhhandel ist die Frage.

Die größere Wahrscheinlichkeit spricht für Kuhhandel — wenigstens in der heute beginnenden Woche.

Bomben in Schlessien.

Attentat auf Zentrumsorgan.

Reuthen, 8. August. (Eigenbericht.)

In der Nacht zum Sonntag wurde auf die Hauptgeschäftsstelle der Zentrumszeitung „Oberschlesische Rundschau“ in Ratibor ein Handgranatenanschlag verübt. Das große Schaufenster des Verlagsgebäudes wurde zertrümmert.

Um die gleiche Zeit ist ein Anschlag auf das Gebäude der Allgemeinen Krankenkasse versucht worden. Am Sonntagmorgen fand man im Innern des Gebäudes eine Handgranate, die jedoch nicht explodiert war. Außerdem fielen in verschiedenen Stadtteilen Ratibors in der Nacht zum Sonntag wiederholt Schüsse, ohne daß die Schützen bisher hätten festgestellt werden können.

Der Bombenattentate verdächtig sind drei SA-Leute, die unmittelbar vor dem Attentat auf das Verlagsgebäude des Zentrumsblattes in dessen Nähe gesehen worden sind.

Terror in Waldenburg.

Bomben und Feuerüberfälle.

Waldenburg, 8. August.

Auf das Geschäftsgebäude der sozialistischen „Bergwacht“ wurde heute früh gegen 3 Uhr ein Anschlag verübt. Vier große Schaufensterscheiben wurden durch Steinwürfe und Revolvergeschosse zertrümmert. In der Buchhandlung durchschlugen die Kugeln die Rahmen des Schaufensters und beschädigten die Einrichtung.

Zur gleichen Zeit wurden zwei große Schaufensterscheiben eines Kaufhauses bei Waldenburg durch Steinwürfe zertrümmert. Ferner

Generalstreik in Belgien

Revolutionäre Stimmung der Bergarbeiter

Brüssel, 8. August. (Eigenbericht.)

Der belgische Bergarbeiter-Verband hielt am Sonntag in Brüssel einen außerordentlichen Kongreß ab, um die Lage in den Streikgebieten zu besprechen.

Bekanntlich hält der Streik in den drei Kohlenrevieren des Hennegaus nun schon über einen Monat an. Die Stimmung unter den Delegierten des Kongresses war eine außerordentlich gereizte. Die Arbeiter sind aufs höchste erbittert über den hartnäckigen Widerstand der Zechenbesitzer gegen eine Erhöhung der tief unter das Existenzminimum herabgesunkenen Löhne.

Die Erbitterung wird erhöht durch die Verwendung von Soldaten zu verschiedenen Streikbrecherarbeiten. Die erste Entschließung des Kongresses galt einem sehr scharfen Protest gegen diesen Mißbrauch der Truppen. Nach langer Debatte über den Lohnkampf selbst beschloß der Kongreß die Proklamierung des sofortigen Generalstreiks im ganzen belgischen Kohlenbergbau. Der Streik beginnt am Montag, dem 8. August.

Ferner wurden die zentralen Leitungen der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften ersucht, die Frage der Ausdehnung des Streiks auf alle anderen Gewerbe des Landes zu prüfen, um so die Forderungen der Bergarbeiter zu stützen. Neben der Nachprüfung der niedrigsten Lohnklassen, die bereits grundsätzlich von den Zechenbesitzern angenommen ist, betreffen diese Forderungen vor allem die Ablehnung des Lohntarifs in dem Sinne, daß der Preis der Kohle nicht mehr bei der Berechnung des Lohnes berücksichtigt werden

muß. In der Praxis läuft die Annahme dieser Forderung auf eine 5prozentige Lohnerhöhung hinaus. Der Kongreß fordert die Durchführung dieses Lohntarifs erst vom 1. September ab, um so den Zechenbesitzern die Möglichkeit zu geben, von den Kontingentierungsmaßnahmen, die die Regierung zum Schutze des Bergbaues versprochen hat, Nutzen zu ziehen. Bisher hatten die Unternehmer sich nur dazu bereit erklärt, die Frage eines neuen Lohntarifs einer besonderen Kommission zu unterbreiten.

Streikbeschluss durchgeführt.

Brüssel, 8. August. (Eigenbericht.)

Nach den bis heute mittag aus den Kohlenrevieren von Lüttich, Namur und Limurg vorliegenden Nachrichten — in den anderen Kohlenrevieren befanden sich die Bergarbeiter im Streik — ist der Streikbeschluss vom Sonntag allgemein durchgeführt worden. Man hofft, daß die Arbeiter ihre an sich bescheidenen Forderungen durchsetzen werden. Bemerkenswert ist die tiefgehende Unzufriedenheit innerhalb der beteiligten Arbeiterschaft, die man als revolutionäre Stimmung bezeichnen kann. Diese Stimmung wendet sich gegen das ganze System der kapitalistischen Ausbeutung.

(Siehe auch die Beilage.)

Der Führer



„Ich habe die SA. fest in der Hand, — und was die SA. in der Hand hat, das geht mich nichts an!“

wurden gegen 1/4 Uhr vier Revolvergeschosse auf die Wohnung des sozialdemokratischen Amts- und Gemeindevorstehers in Dittersbach bei Waldenburg abgegeben. Auch hier wurden die Fenster zertrümmert. Als Täter kommen zwei bisher unbekannte Motorradfahrer in Frage.

Der Maulkorb.

Das „Sächsische Volksblatt“ verboten.

Das sozialdemokratische „Sächsische Volksblatt“ in Zwickau ist wegen verschiedener Artikel ab 8. August von der Polizeidirektion Zwickau auf fünf Tage verboten worden. Gegen das Verbot ist vom Verlag und von der Redaktion Beschwerde eingelegt worden.

Die Schüsse von Anklam.

Im Hofe ein SA.-Heim. — Familie des Sozialdemokraten wird niedergeknallt.

Anklam, 8. August. (Eigenbericht.)

Die bürgerlichen Nachrichtenagenturen, die über die Schießerei in Anklam auf die Wohnung des Sozialdemokraten, des Tischlers Ratschal, berichteten, verschwiegen schamhaft, daß sich auf dem Hofe des betreffenden Grundstückes ein Heim der SA.-Leute befand. Genosse Ratschal ist als Mitglied der Eisernen Front hervorgetreten. Er sollte seine Wohnung räumen und hatte sich bereits auch um eine andere bemüht. Anscheinend ist das Attentat von einer auswärtigen Terrorgruppe ausgeführt worden. Es wurden 5 bis 8 Schüsse auf die Fenster des Schlafzimmers der Familie Ratschal abgegeben. Die Behauptung, es habe sich um einen Anschlag auf die Nationalsozialisten gehandelt, wird schon dadurch widerlegt, daß die Wohnung Ratschals sich in dem Gebäude des Vorderhauses befindet, und daß die Schüsse ausgerechnet auf die Fenster des Schlafzimmers gerichtet waren, während das SA.-Heim in einem Hofgebäude untergebracht ist.

Den Verletzten geht es, den Umständen entsprechend, leidlich. Die Polizei, die die Untersuchung führt, hält sich in tiefstem Schweigen, so daß über die Ermittlungen bisher noch nichts weiter berichtet werden kann. Auffällig ist, daß an dem gleichen Abend im Garten des Schützenhauses Nationalsozialisten in Uniform bemerkt wurden; es fand nämlich dort eine Reichsbannerversammlung statt. Die Nazis verschwanden, als der Garten von Polizei und Reichsbanner durchsucht wurde. Es ist anzunehmen, daß dieser Vorgang mit dem Attentat in Verbindung steht.

Handgranaten in Wohnungen.

Republikaner sind Freiwild.

Breslau, 8. August. (Eigenbericht.)

In der Nacht zum Montag um 2.30 Uhr wurden in Großheidersdorf und Groß-Aniegnitz im Kreis Breslau zwei Bombenattentate verübt.

In Groß-Heidersdorf warfen die Täter eine Handgranate in die

